Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Fritz Renhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.90 Mk., monatlich 4.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8abengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge von Schreibfehlern kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 136 — Mittwoch, den 16. Juni 1920. — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die linksradikalen und die revolutionären Obleute Berlins rufen für den Tag des Zusammentritts des Reichstages zu großen Umzügen und Demonstrationen gegen das Parlament und für die Räterepublik auf.

*

Die polnische Regierung hat für die Dauer der Abstimmungstermine in Ostpreußen und Westpreußen Erleichterungen für den Durchreiseverkehr über den polnischen Korridor abgelehnt.

*

Nach in Basel eingetroffenen Warschauer Meldungen ist die polnische Gegenoffensive gegen die Bolschewisten eingestellt worden, und man rechnet mit einem Waffenstillstand auf allen Fronten.

*

In London kursiert das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfalle, der oberste Rat gewisse bedeutende Abänderungen der türkischen Friedensvertragsklauseln ins Auge fassen könne.

Noch keine Klärung!

Ueber den Erfolg der Mission, die Dr. Trimborn übernommen hat, liegen entscheidende Nachrichten bis zur Stunde nicht vor. Das Unternehmen des Zentrumsführers befindet sich noch im Zustand der Verhandlungen. Von gegenständlicher Bedeutung dürfte indessen die Erklärung sein, die Dr. Trimborn von demokratischer Seite empfangen hat. Aus diesen Aeußerungen wird man das Zugeständnis der Bereitschaft lesen dürfen, in einem bürgerlichen Kabinett mitzuarbeiten. Damit beginnt eine solche Kombination Aussicht auf Verwirklichung zu gewinnen. Verstärkt wird diese Aussicht durch die soeben bekannt werdenden sozialdemokratischen Versicherungen, in denen die Sozialdemokraten den Gedanken einer unbedingten Opposition ebenso klar zurückweisen wie den Verdacht obstruktioneller Absichten.

Wenn die Bemühungen Trimborns bislang also zu einem endgültigen Ergebnis noch nicht geführt haben, so haben sie doch, wie wir in unserer gestrigen Ausgabe bereits drahtlich mitteilen konnten, zu einer Klärung insofern geführt, als von allen seinen Kombinationen nur die letzte übrig bleibt d. h. ein Kabinett der drei bürgerlichen Parteien mit schweigender Billigung der Sozialdemokratie. Fraglich bleibt es ja immerhin, ob es so weit kommen wird, auch wenn die Demokraten dazu bereit sein und die Sozialdemokraten sich mit diesem Ausgange bescheiden würden. Heute oder morgen dürfte die Entscheidung kaum schon fallen, man wird vielmehr damit rechnen müssen, daß die Versuche Trimborns zur Kabinettsbildung sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken. Für ihn heißt es jetzt vor allem, Mut zur Tat zu haben und die Opposition nicht zu sehr zu fürchten, die durch die politischen Umstände selbst matter werden zu wollen scheint. — Von den heute zur Sache vorliegenden Meldungen verzeichnen wir die folgenden:

Die Bedingungen der Demokraten.

Der Führer der deutschdemokratischen Partei, Dr. Petersen, hat gestern nachmittag dem Abgeordneten Dr Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen überreicht, unter welchen sich die deutschdemokratische Partei an der Kabinettsbildung beteiligen will. Die Demokratische Partei erklärt sich bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau gebe. Als unerläßliche Bestandteile dieses Programmes werden dann in der Erklärung u. a. folgende Punkte bezeichnet:

Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation, Bekämpfung der Klassenherrschaft, Ablehnung jeden Klassen- und Rassenhasses, Besetzung der Aemter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die aber gleichzeitig das Amt auszufüllen geeignet sind.

Wohlwollende Neutralität abgelehnt.

Die Mehrheitssozialisten haben auf Anfrage von den beiden bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien hin abgelehnt, gegenüber einer aus den Mittelparteien gebildeten Reichsregierung eine wohlwollende parlamentarische Neutralität aufzunehmen. Sie behalten sich ihre Stellungnahme im Reichstag gegenüber jedem bürgerlichen Kabinett von Zeit zu Zeit vor.

Keine Gewaltpläne der Sozialdemokraten.

Nach dem Vorwärts verhandelte Trimborn gestern vormittag wiederum mit den Sozialistenführern Hermann Müller und Löbe, die ihm auseinandersetzten, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei, und daß auch sein Wunsch, die sozialdemokratische Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten der Partei zu der neuen Regierung werde von ihren Taten abhängen. Der Vorwärts wendet sich sodann gegen die Auffassung, die sozialdemokratische Partei bereite sich vor, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltsam zu überrennen; jeder Kenner des Programms und der Geschichte der Partei wisse, daß für sie ein gewaltsames Vorgehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Befugnisse handeln, nicht in Betracht komme.

Bildung eines Notstandskabinetts?

Nach der Neuen Berliner Zeitung glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß ein Notstandskabinett aus den alten Koalitionsparteien gebildet werden wird, da der Versuch Trimborns, eine andere Regierung zu bilden, scheitern dürfte. Die Zusage der Mehrheitssozialisten soll durch das Zugeständnis erkauft werden, daß dieses Notstandskabinett nur dazu berufen sein soll, die dringendsten außenpolitischen Fragen zu lösen, nach deren Erledigung sofort Neuwahlen erfolgen sollen. Der Plan eines unpolitischen Wirtschafts-Kabinetts ist völlig beiseite gelegt, da er bei allen Parteien Widerspruch gefunden hat.

Gardiner über Koalitionsregierung und Parlamentarismus in Deutschland.

In einem Artikel Gardiners über die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Zustände Deutschlands beschäftigt sich der hervorragende englische Publizist mit dem deutschen Parlamentarismus und den Leistungen der Koalitionsregierung. Wir geben nachstehend die wesentlichsten Stellen dieses bemerkenswerten Aufsatzes wieder: Es muß daran erinnert werden, daß die Parlamentsherrschaft in Deutschland nichts von dem Prestige hat, das ihr in England anhaftet. Unter dem alten Regime gab es keine verantwortliche Regierung. Das Kaisertum war persönliche Herrschaft, ausgeübt durch die Armee. Das Parlament war einfach die Kulisse, hinter der sich die Wirklichkeit des Despotismus auslebte. Obgleich es aber nur ein Scheinleben führte, teilte das Parlament den Mißkredit, in den die Autokratie bei dem Zusammenbruch geriet. Heute wird das Parlament von zwei Seiten angegriffen. Die Reaktionäre fürchten es als das Instrument der Volksherrschaft. Die Revolutionäre mißtrauen ihm, weil es in der Vergangenheit hilf- und willenlos sich zum Handlanger des militärischen Despotismus hergegeben hat. Starken Glauben in die Institution des Parlaments findet man eigentlich nur bei den drei Koalitionsparteien, und wenn der Parlamentarismus sich durchsetzt, so nur durch diese Parteien. Die Frage ist aber noch offen und hängt mehr von Ereignissen außerhalb als innerhalb Deutschlands ab.

Keine Regierung kann hoffen, unter solchen Bedingungen, wie sie jetzt im Lande vorherrschen, volkstümlich zu werden. Sie war der Erbe der enormen Kriegs-Konkursmasse, sie trug die Verantwortung für alles Elend, alle Entbehrungen und Lasten, die als Folgeerscheinung des Krieges in den Kauf genommen werden mußten: Teuerung, unzulängliche Ernährung, das Breitmachen des Kriegsgewinnertums und die schwere Hand des Steuererhebers. Die Besitzenden sind erbittert, die Besitzlosen nicht zu besänftigen, denn sie beurteilen die Regierung nur nach der Tatsache, daß sie immer noch auf halbe Brot- und Kartoffelrationen angewiesen sind. Und doch ist die Hauptschwäche der Regierung ihre Isolierung von der Außenwelt. Solange sie von den Alliierten auf Armlänge am Gängelbande gehalten und als Feind behandelt wird, anstatt als Schuldner, kann sie nicht hoffen, ihre Autorität gegenüber den feindlichen Kräften, die sich im Innern entwickeln, zu stärken. Sie müßte imstande sein, zu beweisen, daß sie die Achtung der Welt besitzt, bevor sie Respekt und Vertrauen vom eigenen Volke verlangen kann. Mit einem Wort, wenn in Deutschland eine geordnete Regierung aufrecht erhalten werden soll, und man den gewaltsamen Ruck nach dem militärischen oder revolutionären Radikalismus hin zu vermeiden wünscht, dann ist es an den Alliierten, der gegenwärtigen gemäßigten Regierung jede moralische Unterstützung zu leihen, die allein sie am Dasein erhalten kann. Die Koalitionsregierung war keine starke Regierung, aber eine ehrliche und wohlmeinende. Man vermißte in ihr die dominierende Persönlichkeit, weil es eben im politischen Leben Deutschlands überhaupt keine überragenden Persönlichkeiten gibt. Das alte Regime erlaubte solchen nicht, sich zu entwickeln. Die Staatsgeschäfte waren eine Angelegenheit einer enaherzigen Höflingskaste, einer Art Leibgarde des Kaisers, die dem Volke keine Loyalität und dem Parlament wenig Achtung bekundete. Das Ergebnis: Als das Kaisertum zusammenbrach, verschwand mit dieser Kaste das einzige in Regierungsgeschäften erfahrene Element, und eine verantwortliche Regierung trat ins Leben, ohne Tradition hinter sich und ohne anerzogene Staatsmannschaft, die ihr hätte Richtung und Antrieb geben können. Unter diesen Umständen hat die Koalitionsregierung ihre Aufgabe besser erledigt, als vernünftigerweise von ihr erwartet werden konnte.

*

Deutschlands Untergang wäre das beste.

Jaques Bainville erklärt in der Action Française, die Todesdrohung, die über dem deutschen Staat schwebe, dürfe Frankreich nicht beunruhigen. Das sei eine Erpressung ähnlich wie die Erpressung mit dem Bolschewismus, damit die Alliierten Deutschland schonten. Der deutsche Staat könne verschwinden, so oft er wolle; sein Verschwinden werde nicht bedauert werden. Wenn man, um bezahlt zu werden, ein starkes Deutschland notwendig gehabt hätte, dann hätte man das ja von Wilhelm II. erhalten können. Selbst eine der Zeitungen, die in England die französische Sache mit der größten Beharrlichkeit unterstützten, habe dieser Tage die Meinung ausgesprochen, daß es vielleicht besser gewesen wäre nicht auf Deutschland einen Druck auszuüben, daß es Wilhelm II. vor Unterzeichnung des Friedens davonjage. Dann hätten die Hohenzollern und nicht die Revolution die Schande der Niederlage erdulden müssen; aber die Schlußfolgerung sei doch immer, daß, wenn die Alliierten bezahlt sein wollten nach dem System des Vertrages, Deutschland stark werden müsse, daß selbst, wenn es stark werde, damit es bezahlen könne, man damit anfangen müsse, ihm bei der Wiedererhebung zu helfen. Der gute französische Sinn sage, daß man niemals soviel gewonnen haben werde, als wenn das deutsche Staatsschiff mit Mann und Ladung unterginge; denn von dem Besitztum des Reiches würde immer noch etwas übrigbleiben, und Frankreich sei wenigstens vom Bismarckschen Reich befreit.

Aerzte und Krankenkassen.

Der Beirat des wirtschaftlichen Aerzteverbandes tagte, wie im Auer Tageblatt drahtlich schon kurz gemeldet wurde, am 12. und 13. d. M. in Leipzig, um zu den Berliner Einigungsverhandlungen mit den Krankenkassen Stellung zu nehmen. Die ärztlichen Unterhändler hatten gegenüber den Vertretern aus allen Teilen Deutschlands einen äußerst schweren Stand, um so mehr, als der Wortlaut der Vereinbarungen ohne die nötigen noch nicht schriftlich festgelegten, mündlich besprochenen Erläuterungen fast uneingeschränkt als unannehmbar angesehen werden mußte. Schließlich gelang es jedoch, den Schiedsspruch über das Honorar zur Annahme zu bringen und wegen des übrigen in Berlin vorläufig Vereinbarten eine Form zu finden, die Aussicht auf eine gütliche Einigung bietet. Folgende Entschließung wurde gefaßt:

1. Der Schiedsspruch über das Honorar wird angenommen.

2. Die Vereinbarung über die freie Arztwahl hat in der öffentlichen Fassung bei der gesamten deutschen Aerzteschaft eine schwere Enttäuschung hervorgerufen und ist demgemäß von den meisten Aerztevereinen abgelehnt worden. Erst die von den ärztlichen Unterhändlern gegebenen Erläuterungen haben erkennen lassen, daß die Kassenverbände ein Entgegenkommen gezeigt haben und der Einführung der freien Arztwahl bei den einzelnen Krankenkassen freie Bahn lassen wollen. Indessen ist die Vereinbarung ohne verbindliche Auslegung in ihrer Bedeutung nicht übersehbar. Ebenso bleiben viele Punkte, die der Entscheidung bedürfen, darunter auch die durch den Kampfzustand entstandenen (die Einstellung schwebender Prozesse und dergleichen) unerledigt.

3. Für den Fall der Annahme des Schiedsspruches durch die Kassenverbände beschließt der Beirat: Die kassenärztliche Tätigkeit wird nach den Honorarbestimmungen des Schiedsspruches wieder aufgenommen. Ohne Abschluß von Verträgen über solche darf nicht verhandelt werden, bis alle Punkte erledigt und durch verbindliche Auslegung festgesetzt sind. Zu diesem Zweck sind Verhandlungen sofort aufzunehmen.

4 Der Vorstand des Leipziger Verbandes wird bestimmen, wann obige Ziffer 3 in Kraft tritt und wird den ärztlichen Vereinen für diesen Fall genaue Richtlinien geben.

*

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen teilt mit: Der Schiedsspruch im Aerztestreit ist von den Krankenkassenverbänden mit der Bedingung angenommen worden, daß Mindest- und Höchstsätze für die Pauschbeträge des Aerztehonorars festgesetzt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen.

Die Gemeindeverfassung in der Volkskammer.

In die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Sächsischen Volkskammer eintretend, erhielt Abg. Roth (Dem.) das Wort zum Entwurf eines Gesetzes zur

Besoldung der Gemeindebeamten.

Das Gesetz stellt die Gemeindebeamten in der Besoldung den Staatsbeamten gleich. Die Regierung sollte leistungsschwache Gemeinden mit Beihilfen unter die Arme greifen. Redner beantragte die Ueberweisung an den Haushaltausschuß A. Abg. Blücher (Dtsch. Vp.) stimmte diesem Antrage zu, da in der Vorlage noch man-